

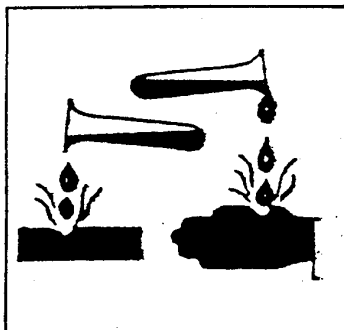
INF

Fortsetzung

Gleichzeitig muß natürlich schleunigst dafür gesorgt werden, daß endlich der Sicherheitsstandard erreicht wird, wie ihn der Bund für Universitäten vorschreibt (wofür das Land aber viel zu wenig Geld gibt). Es muß, zumindest für Nebenfachpraktika, ein dem Züricher Modell verwandtes Praktikumskonzept umgesetzt werden, was durch stark verminderte Mengen der eingesetzten Chemikalien sowohl die Abfallproblematik entschärft als auch der Arbeitssicherheit zugute kommt. (Bei Hauptfachpraktika ist dies nicht so einfach; siehe dazu und zum Züricher Modell: nächster UNIMUT)

Explosion in der Pharmazie

Werden alle diese Maßnahmen nicht ergriffen, so kann es wieder zu einem Unfall kommen, wie dem am 13.11.1984 im Pharmazeutisch-Chemischen Institut: Damals bekam eine Studentin aus dem 3.Semester von ihrem Assistenten den Auftrag, ein Präparat herzustellen, bei dem N,N-Diethylnitrosamin, ein stark krebserregender Stoff, und Lithiumaluminiumhydrid (LiAlH₄), ein extrem brandgefährlicher Stoff, miteinander reagieren sollten. Dies ist eine Reaktion, die auch in den Händen erfahrener Chemiker und Chemikerinnen unkontrolliert ablaufen kann. Und



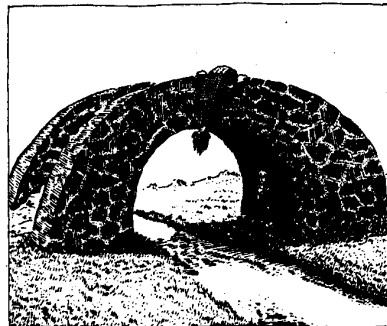
dies geschah auch: Es gab eine Explosion, bei der die hochgiftigen Chemikalien teilweise im Praktikumsaal, in dem 41 andere Studis kochten, verteilt wurden. Anstatt nun den Saal sofort räumen zu lassen, verkannten erst Assistenten und Assistentinnen und dann auch der verantwortliche Prof den Ernst der Lage und ließen zwei Studentinnen das Gift ohne ausreichende Schutzkleidung entfernen. Man weiß noch nicht wie stark Nitrosamine krebserregend wirken, aber vielleicht liefert dieser Unfall ein Probanden/innenkollektiv für eine epidemiologische Untersuchung über Nitrosamin-Exposition und Krebshäufigkeit.

Volker, Andreas und Ullrich

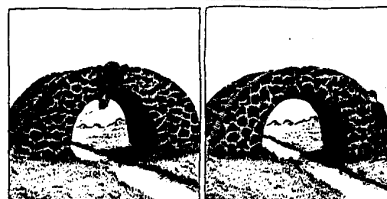
Am 30.01.92 war es so weit: Die Umweltschutzkommission tagte zum ersten Mal. Im Laufe von zwei Stunden wurde von Sondermüll bis Städticket alles, was den Anwesenden zum Thema Umwelt einfiel, zur Sprache gebracht. In der folgenden Sitzung wurden als Hauptthemen Energieverbrauch, Forschung/Lehre und Umwelt, Koordinierung der Umwelt AG's, Verkehr und die gigantische Abfallproblematik festgesetzt. Abfallvermeidung und getrennte Entsorgung wird für die Uni zum Muß, hat Heidelberg doch seit Oktober 91 eine neue Abfallwirtschaftssatzung, die auch von der Uni eine völlige Abfalltrennung verlangt. Die Mülltrennung ist die eiligste Aufgabe des Ausschusses, aber ich hoffe, wir erreichen mehr. Denn die Uni sollte nicht den Gesetzen hinterhertraben, sondern als Vordenkerin und praktizierendes Umwelt-Paradies vorangehen. Als Möglichkeit bietet sich das Züricher Modell für die Chemiepraktika an oder der Einsatz innovativer Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien. Um die Arbeit des SAUF zu optimieren, sollten sich alle, die Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen Umwelt-Situation haben, an Dr. Hoffmann in der Abteilung Sicherheitswesen der Univerwaltung oder an mich wenden.

Jochen b. fiebach (FS Medizin)

Unter der Brücke



Unter der Brücke saß mein Vater.



Tags darauf war er fort. Es war wohl ein Traum, dachte ich. Was sollte mein Vater unter dieser jämmerlichen Brücke!



Da fand ich einen Zettel mit einer unbeholfenen Zeichnung. So war es also doch kein Traum!

Bestimmbarkeit
Unbestimmbarkeit
Unsichtbarkeit

Denkmäler sind traditionellerweise Instrumente, um Erinnerungen zu provozieren; Erinnerungen, welche die Betrachter zu einem bestimmten Verhalten in der Gegenwart auffordern sollen. Bei NS-Mahnmalen kann diese Verpflichtung der Betrachter nur darin bestehen, "ihre Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe" (Adorno). Mit der Wandlung von der Industrie zur Informations- und Mediengesellschaft sind die Denkmäler jedoch in die Krise geraten. Gegenwartsspezifische Beschleunigungsprozesse zum einen, visuelle Reizüberflutung zum anderen schränken die Wirkung von Denkmälern ein. Es ist nicht möglich, sich zu allem zu verhalten; die Massierung von Zeichen entzieht dem einzelnen Zeichen Gewicht und Bedeutung.

In neueren NS-Mahnmalen wurde nun der Versuch unternommen, diesen Entwicklungen zu begegnen. Im Vortrag sollen verschiedene derartige Möglichkeiten vorgestellt und hinsichtlich ihrer Plausibilität und Wirksamkeit überprüft werden. Die radikalste Variante stellt wohl das "unsichtbare Mahnmal" von Jochen Gerz in Saarbrücken dar.

"Bestimmbarkeit - Unbestimmbarkeit - Unsichtbarkeit - Wirkungen und Wirkungsbedingungen neuerer NS-Mahnmäler"

Vortrag von Hubertus Adam

Eine Gemeinschaftsveranstaltung der Studierendenvertretung der Hochschule für Jüdische Studien und der Fachschaft Kunstgeschichte
Donnerstag, 2. Juli 1992, 20.00 in der Hochschule für Jüdische Studien, Friedrichstr. 9, Hörsaal

IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg
Nr. 58 24.6. '92

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(!)
nicht immer, aber immer öfter

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Hartmut Christiane
Michael Kirsten André Deml Andreas
Christian Jochen Volker Andreas Ullrich
Gary (special thanks)

Druck: Druckwalze GdbR

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

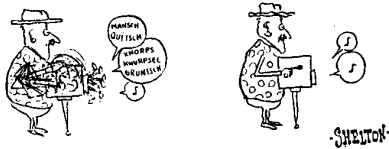
v.l.s.d.p: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)
Zentrales Fachschaftenbüro (ZFB)
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456

säcker und Parlamentarismus

eine "linientreue" Meinung gegen die andere durchgesetzt werden, sondern gemeinsam eine Lösung gefunden werden, die alle akzeptieren können.

Die Struktur

Die FSK versucht, mit ihrer Struktur diesem Ideal möglichst nahe zu kommen und als Alternative zum bestehenden System wieder eine größere Akzeptanz und Aktivität für politische Themen zu schaffen. In ihrer Struktur sind deshalb die Fachschaften die Grundelemente. Die Fachschaften sind formal alle Studierenden am Fachbereich. Allerdings wird der Begriff i.a. anders gebraucht, nämlich nur für die Aktiven, die die Erstinführung machen, die Feten organisieren, etc. Hier zeigt sich die Fehleinschätzung, daß wenn jemand was macht die Sache erledigt sei und für die anderen nichts mehr zu tun sei. Die Studierenden haben nämlich durchaus die Möglichkeit, an allen Diskussionen und Entscheidungen mitzuwirken. Bei den Fachschaftstreffen treffen sich die interessierten und aktiven Studierenden



kann sie ein Veto einlegen. Dieses Veto kann mit 2/3 Ja-Stimmen in der FSK abgelehnt werden, die Fachschaft also überstimmt werden. Diese Art "Minderheitenschutz" führt dazu, daß alle gezwungen sind, sich mit einem Thema inhaltlich auseinanderzusetzen und Überzeugungsarbeit zu leisten, anstatt sich zu profilieren und die eigene Meinung durchzusetzen. Wie gut das funktioniert und wie verantwortlich mit diesem Mittel umgegangen wird, zeigt sich daran, daß in 5 Jahren FSK nur 3 Vetos eingelegt wurden.

Die Umsetzung

Die FSK als Gremium der Studierenden wählt ReferentInnen, die für die Umsetzung der von der FSK gegebenen inhaltlichen Vorgaben zuständig sind und der FSK rechenschaftspflichtig sind. Die ReferentInnen haben dabei ein imperatives Mandat der FSK gegenüber. Damit sind "Alleingänge" der ReferentInnen ausgeschlossen und die FSK kontrolliert sie nicht nur zur Wahl, sondern ständig. Zudem delegiert die FSK Studierende mit imperativem Mandat in die universitären Gremien. Diese geben die Informationen, die sie weitergeben können, an die FSK und die betroffenen Fachschaften weiter (anstatt erst gar nicht zu erscheinen oder einfach nur in den Gremien zu hocken (wie diverse HochschulgruppierInnen)). Die Fachschaften und die FSK haben damit die Möglichkeit, die Interessen der Studierenden besser und effektiver zu vertreten. Durch die Möglichkeit, FachschafterInnen in die entsprechenden Gremien zu schicken, sind diese zeitweise besser informiert als ihre Profs. So haben einige Fakultäten

letztes Semester erst Sondermittel für Tutorien beantragt, nachdem einige FachschaftsvertreterInnen vehement auf diese Möglichkeit hinwiesen. Die Dekane hatten im Senat offenbar nicht aufgepaßt.

Die FSK baut als Studierendenvertretung auf den Studi-Vertretungen am Fachbereich auf. Mit dieser "Regionalisierung" und der Idee des Konsenses wird auf uniweiter Ebene eine "Fraktionierung" verhindert, in der Profilierung vor Sacharbeit steht. Die hochschulpolitischen Gruppen hingegen definieren sich über bundesweite Programme und Aktionen und damit verbundene Profilierungszwänge. Bundesweite Medienwirkung statt uniweite Aktionen. Die Arbeit der Fachschaften geht



«Es ist der Ruf der Wildnis.»

der Fachschaft und beschäftigen sich mit aktuellen Themen. Für diese Gruppe, hat sich inzwischen der Begriff 'Fachschaft' eingebürgert. Diese Sprachregelung verrät das Denken in Delegierten statt in Mitwirkenden. Die weitere Struktur (Zahl der Treffen, Vollversammlungen, Wahlen, Unter-AKS etc.) wird von der Fachschaft, d.h. allen Studierenden am Fachbereich entschieden und ist teilweise in Satzungen festgeschrieben - dabei ist die Vollversammlung das höchste Gremium. Sollte es Wahlen geben, findet in der Regel Personenwahl statt, d.h. es werden Leute gewählt und nicht Gruppierungen. Die Fachbereichsgruppen als "Arbeitsausschuss" der Fachschaft koordinieren sich in der Fachschaftskonferenz, auf deren Sitzung jede Fachschaft eine Stimme und Veto-Recht hat. Die Delegierten der Fachschaften haben dabei i.a. imperatives Mandat, d.h. sie sind an die Meinung und Beschlüsse der jeweiligen Fachschaft gebunden. Klar, ad hoc-Entscheidungen müssen auch hier getroffen werden - sie sind aber vor der Fachschaft zu rechtfertigen.

Die Entscheidungsfindung

Die Fachschaftskonferenz ist also die auf den Fachschaften aufgebaute Studierendenvertretung der Universität.

Eine Studierendenvertretung muß Entscheidungen treffen können. Dazu treffen sich die Delegierten der Fachschaften jeden Dienstag abend in der öffentlichen Sitzung der FSK im zentralen Fachschaftenbüro. Wie in jeder Demokratie treffen auch hier verschiedene Meinungen aufeinander. Anstatt aber durch die Mehrheit einer "Koalition" die Entscheidungsfindung in die Koalitionsrunde zu vertagen, wird dann in der FSK diskutiert, in der alle "Gruppen" d.h. Fachschaften vertreten sind. In der Sitzung der FSK wird versucht, einen Konsens zu finden. Entscheidungen werden aber mit einfacher Mehrheit gefällt. Falls ein Delegierter einer Fachschaft Bedenken gegen einen Beschluß hat oder meint, daß sie/er als Delegierter das nicht alleine entscheiden kann, kann eine Entscheidung in die Fachschaften zurückgegeben werden. D.h. die Fachschaften beraten über das Thema und entscheiden. Dies kann nur maximal zweimal geschehen, so daß eine Entscheidung nicht blockiert werden kann. Falls eine Fachschaft so starke Bedenken gegen einen Beschluß hat, daß sie ihn überhaupt nicht tragen könnte, nicht von Bundesvorgaben aus, sondern von den Problemen und der Situationen an den Fachbereichen. Alle Studierenden eines Fachbereichs können sich beteiligen. Daß dies funktionieren kann, nicht zuletzt an einer, wenn auch großen, so doch überschaubaren Universität zeigen die Erfahrungen mit den Fachschaftsvertretungsmodellen in Stuttgart, Tübingen, Freiburg und nicht zuletzt Heidelberg.

(Zitate: ZEIT-Interview mit Richard v. Weizsäcker; 19.6.92)

André & Kirsten

Seite 3

LARSON ZUM WAHLKAMPF...



«Schluß jetzt! Ich halt das nicht mehr aus... dieses ständige Gessumme!»

Unimut

Nr. 58

24.6.92

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG

Zeitbombe INF

Das Telefon ist kaputt



"Na und?", wäre man versucht zu sagen, doch ein Blick auf die endlose Liste von Notrufnummern daneben läßt Zweifel an der Sorglosigkeit aufkommen: Kaputt ist es schon seit Wochen; seit Wochen läuft in diesem Labor (Anorganisch-Chemisches Institut, Im Neuenheimer Feld 270, Bunsenkeller) ein chemisches Praktikum für Nebenfächler. Dies ist noch ein harmloseres Beispiel für die Sicherheitsmängel in den Laboratorien an der Uni Heidelberg und dem Desinteresse, mit dem viele diesen gegenüberstehen. Denn wem dieses Telefon egal ist, dem ist es vielleicht auch zu viel, sich neben seiner aufreibenden Tätigkeit in Forschung und Lehre auch noch um Sicherheitsbelange in seinen Laboratorien und Praktika zu kümmern. Daß es sich hier nicht um Bagatellen handelt, zeigt der Unfall mit Todesfolge im WS 90/91 in der anorg. Chemie: Ein Doktorand erlitt tödliche Verbrennungen, die sich mit besseren Sicherheitseinrichtungen vielleicht hätten vermeiden lassen.

"Mir kann sowas nicht passieren",

werden jetzt alle sagen, die im Labor mit Chemikalien umgehen, "denn ich arbeite ordentlich." Wie aber, wenn die Arbeitsgeräte nicht mehr sicher sind?
- wenn der Bindfaden im Abzug (von der Berufsgenossenschaft Chemie vorgeschriebene Einrichtung zur Kontrolle der Wirksamkeit des

Abzugs), sofern er überhaupt vorhanden ist, nur lau im Sommerwind schaukelt und höllische Dämpfe munter durchs Labor wabern?

- wenn drei Leute in einem Abzug kochen; in dem eigentlich nur ein halber kochen sollte (Industriestandard: zwei Abzüge pro Nase)?
- wenn Lösungsmittelkanister, die in entsprechend abgesaugte Schränke gehören, offen in Laboratorien stehen (Pharmakologie)?
- wenn Explosionsschutzwände in meterlangen Abzügen fehlen und die Notrufnummern seit Jahren veraltet sind (Pharmazie)?



Gruppenzwang im Labor

- wenn Lösungsmittelkanister undicht sind und Chemikalien auf Tischen in nicht dafür vorgesehenen Räumen stehen?
- wenn veraltete Geräte eine erhöhte Ausfall- und Kurzschlußgefahr haben (20-jährige Rührgeräte).
- usw. (die Liste würde den Rahmen sprengen)

Mängel an Schutzeinrichtungen im Labor sind eine Seite der Gefahr, die andere die dort tätigen Menschen. Immer noch arbeiten Leute im Labor, die die Handhabung eines Feuerlöschers nie geübt haben. Wie sollte das auch anders sein, wenn die "Da isses Skript, mach ma"-Mentalität der Assistenten und Assistentinnen, die, vor allem in Nebenfach-Chemie-Praktika, die

Menschen ohne Einführung in die Arbeitstechniken (geschweige denn Sicherheitsregeln) alleine läßt. Dies führt dann dazu, daß viele Studierende chaotisch und sorglos im Umgang mit Chemikalien draufloskochen, ohne auch nur ein paar Gedanken darauf zu verwenden, welche Gefahr sie dabei für sich und andere darstellen.

Viele Praktikumsleiter sind sich wohl der Zeitbombe, die hier schlummert nicht bewußt, sonst müßten sie mehr dagegen tun; Kommt es nämlich zu einem Unfall, dann sind sie rechtlich belangbar, da sie gegenüber den Studenten Arbeitgeberpflichten wahrnehmen.

Was muß nun zur Änderung dieser Zustände getan werden?

Zunächst müssen alle Profs, Assistenten und Assistentinnen für die Problematik sensibilisiert werden. Letztere könnten durch Verteilen der (kostenlosen!) Broschüre "sicheres Arbeiten in chemischen Laboratorien" (BG Chemie) sowie durch eine effektive, praktische Sicherheitseinführung zu Beginn jedes Praktikums bereits viel erreichen. Als weiterer Schritt muß ein obligatorischer Erste-Hilfe Kurs angeboten werden, der speziell auf die Laborunfallproblematik abgestimmt ist. Desweiteren müssen die wenigen positiven Änderungen, die zum Beispiel im organische Institut schon eingeführt wurden, auf alle Laboratorien ausgedehnt werden. Dies betrifft vor allem den Sicherheitstag, an dem einmal pro Semester von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein brennender Abzug bzw. eine brennende Person gelöscht werden muß.



Fortsetzung auf Seite 4

Marstallspektakel

Am nächsten Sonntag, dem 28. Juni, findet im Marstallinnenhof ein erstes Kulturfestival der 'Initiative für ein Kulturcafé' statt. Ab 16 Uhr gibt es Musik, Theater, Spiele von den Heidelberger Bands Blues'n'Shoes, Hey Nonny Nonny, 30 Zone, the Sharples und Streetband Project, dem chilenischen Musiker Armando Barrientos mit 'Gitarren'-Musik aus den Anden und der Theatergruppe Kontrapunkt mit Ausschnitten aus ihrer Collage 'immer wi(e)der Deutschland' (Lieder, Gedichte, Kabarett- und Theaterzenen).

Mit dem Festival stellt sich die 'Initiative für ein Kulturcafé' vor, in der verschiedene Kulturgruppen aus dem nichtkommerziellen Sektor zusammengeschlossen sind. Mit dabei ist der Romanische Keller, der für Kleinkunst und Theater an der Uni sorgt, die Gruppe 'the Beatless', die durch ihre Zeitschrift und durch Konzerte die Heidelberger Nachwuchsszene in Sachen Musik unterstützt, das Schüler-Kultur-Café im Schmidthener-Haus aus der Schülerbewegung, die Mediengruppe Schrägspur, die Filme macht und zeigt, die sonst nicht zu sehen sind, sowie das Kultur- und Kommunalreferat der FSK. Seit einem 3/4 Jahr wird in Heidelberg wieder über Kultur geredet, z.B. im Kultur-AK der Stadt zum Kulturzentrum Karlsruhbahnhof, in dem wir unseren Bedarf für eine studentische Kulturkneipe angemeldet.

Wir wollen eine selbsttragende, nicht-profitorientierte Kneipe oder ein Café, in dem regelmäßig Musik-, Theater- und Kabarett-Veranstaltungen stattfinden und Filme gezeigt werden, wir wollen eine (kleine) Kulturoffensive für den low-budget-Bereich starten und den Studios, SchülerInnen u.a. eine Alternative zur kommerziellen Kultur bieten. Um unsere Chancen dafür zu erhöhen, wollten wir unsere Initiative möglichst breit anlegen und haben uns deshalb mit den anderen Gruppen zusammengeschlossen.

Da die Stadt vor dem Beginn einer verstärkten Kulturarbeit steht, sind unsere Chancen recht groß in ein bis zwei Jahren ein Café aufmachen zu können. In der Zwischenzeit werden wir vermehrt Festivals veranstalten und uns koordinieren (im Unimut wird es ab jetzt regelmäßig die Termine unserer Gruppen geben).

Eventuell kaufen wir auch einen (roten) Doppeldecker-Bus (fahrende Kneipe auf der Neckarwiese ?), falls wir dafür einen Stellplatz genehmigt kriegen. Wenn ihr uns unterstützen und eine Menge Spaß haben wollt, macht uns Mut und kommt zuhauf zum

Marstallspektakel, So 28. Juni

Einlaß 15 Uhr

(Bei Regen findet das Festival in der Marstallmensa statt)
für die Kultur-Café-Initiative Christian



"Gott und die Welt" SHOCK SEMINAR

... als Schafe unter Wölfe?
Christliche Gruppen und ihr Verhältnis zur Gesellschaft

mit VertreterInnen von ESG, aESG, KSG und Campus für Christus

Karlsstr. 16. HS 007
Di. 30.6. 20 Uhr



Hungerstreik

Hungerstreik in Solidarität mit den Flüchtlingen

Auf der Breiten Straße in Mannheim traten am Freitag, den 19/6/92 Flüchtlinge und ImmigrantInnen in den Hungerstreik. Damit richten sie ihren Protest gegen die Angriffe auf die Flüchtlinge in Mannheim-Schönau und den nachfolgenden Polizeirror, der antirassistische Solidaritätsaktionen verhindern sollte. In der gesamten BRD wird die Situation von Flüchtlingen und ImmigrantInnen immer unerträglicher. Täglich werden AusländerInnen angegriffen, zusammengeschlagen, bedroht und öffentlich diskriminiert. Die Neo-Nazis befinden sich wieder im Aufschwung. Wie kommt es zu dieser Entwicklung? Die Bundesregierung betreibt eine Ausländer- und Asyl-Politik, die den Rassismus fördert. Das Ausländer- und Asyl-Gesetz wird verschärft. Das Grundgesetz soll geändert und die Grenzen dicht gemacht werden. Die bürgerliche Parteien sind in der Krise. Sie wissen genau, daß sich die soziale und wirtschaftlich Lage in diesem Land für die Bevölkerung drastisch verschlechtern wird. Da können sie gut einen Sündenbock gebrauchen. Die AusländerInnen sollen für die Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich gemacht werden. Aber es ist die Politik der Regierung, die den sozialen Wohnungsbau stark gekürzt hat und die Rationalisierung der UnternehmerInnen unterstützt. Diese Spiel machen wir nicht mit. Wir fordern gleiches Recht für alle.

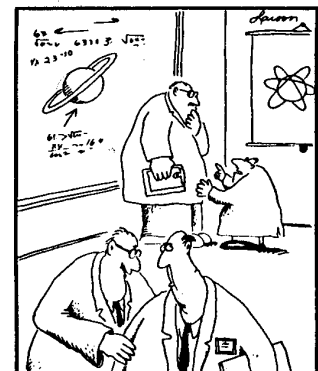
- Die Flüchtlinge und ImmigrantInnen sind nicht an der Wirtschaftskrise schuld
- Asylrecht ist Menschenrecht
- Schluß mit den rassistischen Anschlügen
- Für die Auflösung der Sammellager
- Bleiberecht für alle
- für Demonstrations- und Versammlungsrecht in MA-Schönau
- Verbot aller Ausländerfeindlichen Organisationen
- Für das Recht auf eine eigene Kochstelle in den Sammellagern
- Die Verantwortlichen für den Polizeiterror müssen sich öffentlich entschuldigen

Flugblatt des Komitees zur Unterstützung des Hungerstreiks

TERMINE

- Mi 24.6. 19.00 Sie sind ein Strolch... zur parlamentarischen Streitkultur in Deutschland. Germ. Seminar, Raum 123
- Do 25.6. 21.00 Psycho-Fest mit Live-Band: Dr Pepper; Psych. Inst.
- Do 25.6. 20.00 Germanistik-Fete - Bevor alles in die Hose geht: "MegaSommerNachtsTraumParty", Karlstraße 2, Hinterhof
- Do 25.6. 19.30 AutoTeilen Infoveranstaltung des VCD; DAI
- Fr 26.6. 20.00 Bio-Chem-Fete; INF 308
- Sa 27.6. 14.00 Tag der offenen Tür in der Schokoladenfabrik, Ziegelhausen
- So 28.6. 16.00 Marstallspektakel
- Mo 29.6. 18.00 Vortrag zum Thema: "Physik unter Hitler", Philosophenweg 12
- Mo 29.6. - Mi 1.7. 20.00 Immer wi(e)der Deutschland; Kontrapunkttheater der AESG im Romanischen Keller
- Mo 29.6. 19.00 Wege zu einer sozial verpflichteten Medizin; Vortrag von Karl Bonhoeffer IPPNW; INF 306 HS2
- Di 30.6. 19.30 Ergebnisse der UN-Konferenz in Rio; CO2-Ringvorlesung; Heuscheuer HS1
- Di 30.6. 19.00 Drogen und HIV/AIDS; Was ist Sucht, Kriminalisierung versus Freigabe von Drogen. Aids-Hilfe Heidelberg; Bunsenstr. 19
- Do 2.7. 20.00 Bestimmbarkeit - Unbestimmbarkeit - Unsichtbarkeit; Vortrag (siehe Artikel dazu)
- Do 2.7. 20.15 Verkehr in Heidelberg, Standpunkte im Gemeinderat; Neue Uni, HS15
- Do 2.7. 20.00 El Salvador, kein Friede ohne Gerechtigkeit; Bericht und Video; AZ (no pasaran; d.Setzer)
- Do 2.7. oder Fr 3.7. Senatkommision zur Stärkung der Lehre; Senatssaal (leider nichtöffentlich)
- Fr 3.7. GeoMin-Fete (oder auch nicht, schaut mal vorbei) INF Geologen
- Sa 4.7. 20.00 Math-Phys-Fest INF 308
- Mo 6.7. 19.00 Militärische Nutzung medizinischer Forschung; IPPNW; INF 306 HS2
- Mo 6.7. 19.00 Zungenschlag; Open-Air in Hildes Hellenbächl
- Di 7.7. Theo/a Fete, Triplex
- Di 7.7. Kleiner Senat, Senatssaal alte Uni (leider nichtöffentlich)
- Di 7.7. 19.30 Ökonomische Instrumente zur Reduzierung Klimarelevanter Spurengase; CO2-Ringvorlesung; Heuscheuer HS1

DER LETZTE LARSON...



-Ach, Williams... er versucht schon wieder, für seine Theorie des Kleinen Urknalls Unter-

Nacht Geschichte :

Eine Analyse des heute üblichen politischen Systems

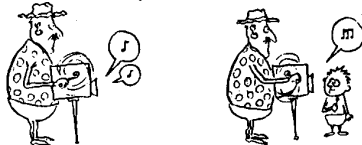
Das heute übliche politische System ist gekennzeichnet durch die Parteien. Die Wahlen zu Parlamenten etc. finden nach Listenwahl statt, d.h. je nach Stimmenanteil werden die Sitze an die Parteien verteilt, die sie der Reihe nach aus ihrer Liste auffüllen.

Die ParlamentarierInnen sind dem Gesetz nach zwar nur ihrem Gewissen verpflichtet, andererseits sind sie jedoch über das Vehikel Partei an ihren Posten gekommen. Wer gewählt werden will, muß dafür sorgen, daß ihre/seine Partei wiedergewählt wird. Nach der Theorie bekommt dann die Partei, die die Interessen der Bevölkerung am besten vertritt, die meisten Stimmen und gewinnt die Wahl.

Doch die Realität sieht anders aus...

Die "Mitbestimmung" durch die Bevölkerung findet in der Hauptsache bei der Wahl statt, ansonsten braucht man sie eigentlich nicht. Die Parteien müssen sich von ihren GegnerInnen im Wahlkampf unterscheiden, um gewählt zu werden. Da die großen Parteien einen recht großen, wenn auch schrumpfenden Anteil an StammwählerInnen haben, der zur Mehrheit aber nicht ausreicht, wird mit immer härteren Bandagen und zweifelhaften Methoden um die WechselwählerInnen gekämpft. Die Tendenz dabei ist, die 'Meinung der Partei' festzulegen, sei es in zentralen Gremien oder im Vorstand oder sonst wo, und dann überall die gleichen Aussagen zu machen. Diese 'Meinung' wird dann von 'oben' wieder nach 'unten' verteilt. Mitbestimmung bei den Parteien ist schwierig, da eine größere Hierarchie nach oben, wo die Entscheidungsfindung stattfindet, zu überwinden ist. "Aber die denkbaren Positionsvarianten haben sämtlich eines gemeinsam: sie werden ausschließlich von den Agenturen der Parteien vermittelt." Die tatsächlichen Unterschiede zwischen den Parteien werden immer geringer, weshalb einzelne Themen hochstilisiert werden müssen. "Die Ausbreitung des Parteiengeflechts läßt sich trefflich illustrieren - sei es an der Personalpolitik in den Ministerien,

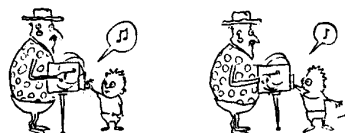
DER NETTE DREHORGELSPIELER...



den Verwaltungen oder den Rundfunkanstalten. Auch läßt sich zeigen, wie es die Parteien verstanden haben, sich von den wirklichen Wählern abzukopeln." Die Wahlkampfthemen werden so nicht unbedingt von der Bevölkerung bestimmt, sondern von Parteien, Ministerien und Bürokratien durch gezielte Öffentlichkeit hochgeschaukelt. Andere Themen können nicht oder nur schwer von außen eingebracht werden, "unbequeme" Themen werden verdrängt oder totgeschwiegen ("unbequeme" Themen sind z.B. Probleme, bei denen die eigene Partei unpopuläre Lösungen anzubieten hat) - oder sie werden so um-

gedreht, daß es für die Partei wieder gut aussieht. Wobei zur Partei hier natürlich auch ihre Klientel zählt, aus denen sich die StammwählerInnen rekrutieren. Vorgeschoben werden "populäre" Probleme, bei denen sich wunderbar grundsätzlich um Kleinigkeiten streiten läßt, deren praktische Lösung aber nicht zur Debatte steht oder eh von allen gleich gemacht wird. "Statt dessen geschieht allzuoft das Umgekehrte, nämlich die Probleme zu instrumentalisieren um die Ziele einer Partei gegen eine andere besser erreichen zu können."

Die Interessen der Bevölkerung werden dabei meist nicht berücksichtigt - Machterhalt statt Problemlösung!



Doch auch die Wahlversprechen werden nicht unbedingt eingehalten (...) und in Koalitionsverhandlungen wird um Pöschchen und Positionen geschachert - die Wahlversprechen sind Makulatur. "Und da bei uns zu allermeist eine Parlamentsmehrheit nur durch Koalitionen zustande kommt, gesellt sich als oft wichtiges Entscheidungszentrum die Koalitionsrunde dazu. Maßgebliche Weichen werden dort gestellt. Was hat das noch mit der überlieferten Gewaltenteilung zu tun oder auch nur mit dem Text unserer Verfassung?" Die Meinungsbildung, die nach der Wahl in den Parlamenten stattfinden könnte, findet auch nicht statt. Aus parteitaktischen Gründen (s.o.) wird auch hier der Konflikt gesucht, anstatt gemeinsam die Problemlösung zu finden. Es besteht kein Zwang, auf die anderen Meinungen zu hören, da die Mehrheit der Regierungspartei/Koalition ausreicht, alles durchzusetzen. Die Entscheidungsfreiheit der einzelnen PolitikerInnen ist dadurch natürlich eingeschränkt - wer sich nicht an die Fraktions-/Parteizucht hält, steht bei der nächsten Wahl nicht mehr auf der Liste. "Für das entscheidende aber halte ich, daß in Deutschland der politische Nachwuchs ausschließlich Sache der Parteien ist. In ihren Gremien wird praktisch allein darüber befunden, wer für ein politisches Amt kandidieren darf."

Die HinterbänklerInnen werden zu StimmenbeschafferInnen für die Parteispitze, die die eigentliche Politik vorgibt, degradiert. Es regiert nicht das Parlament als Repräsentation des Volkes mit all seinen Meinungen und Strömungen, sondern die Parteispitze(n) der herrschenden Partei(en). Der Parteienstaat ist "von beiden zugleich geprägt, nämlich machtvessenen auf den Wahlsieg und machtvergessenen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen Führungsaufgabe." Aber warum muß die Regierungspolitik nach der Wahl eine 180-Grad-Wende machen, wenn eine andere Regierung gewählt wird? Die Stimmung in der Bevölkerung ändert sich nicht schlagartig, sondern kontinuierlich. Und warum muß ein in seinem Fach guter Minister ge-

hen, um einem schlechten Platz zu machen, nur weil seine Partei die Wahl verloren hat?

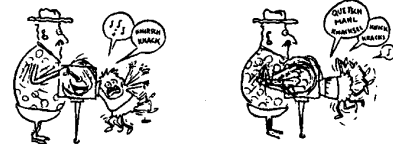
Unser System hat abgehoben!

Die Parteien streiten sich untereinander um Themen, auf die wir kaum noch Einfluß haben, Politik wird von den Parteispitzen gemacht, wobei alle im Sinne der Machterhaltung handeln und insofern keine Alternative und Einflußmöglichkeit bieten. Wichtige Posten werden in interfraktionellen Gesprächsrunden nach Proporz verteilt, nicht nach Kompetenz. Bei der Bevölkerung macht sich aufgrund fehlender Einflußmöglichkeiten und fehlenden Problembewußtseins in den Parteien Resignation breit - die Müdigkeit gegenüber allen verfaßten Institutionen und Politik allgemein zeigt sich in immer höheren NichtwählerInnenquoten.

Krönung dieser Argumentation ist der Ausspruch eines Mitglieds einer Hochschulgruppe (in HD), das sagte, es käme nicht darauf an, was die Studis wollen, sondern darauf, was sinnvoll ist. Aber wer soll bestimmen, was sinnvoll ist - haben Parteien auf diese Entscheidung ein Monopol? Die Arroganz dieser selbsternannten Avantgarde ist es doch, die die Menschen von der Politik fernhält und depolitisiert!

Was bedeutet das für die Universität?

Diese Entwicklung zeigt sich auch unter den Studierenden. In den Bundesländern, in denen es eine gesetzlich vorgesehene Studierendenvertretung gibt, ist diese der Situation angepaßt und repräsentativ strukturiert. Ergebnis: die gleichen Symptome und die bekannte Nichtidentifizierung - siehe nur z.B. die Wahlbeteiligung. Getreu dem großen Vorbild Bonn werden nach den Wahlen dann z.B. in Koalitionsverhandlungen 1/8 Referatsstellen verschachert - Verbandspolitik steht über der Sachpolitik. Die Fachschafftskonferenz ist mit dem



Anspruch angetreten, eine basisdemokratische Studierendenvertretung zu sein und zwar ganz bewußt im Gegensatz zum herrschenden repräsentativdemokratischen System, das in der Bevölkerung allgemein und v.a. in kleineren Zusammenhängen an Akzeptanz verliert. Hinter dem Schlagwort "Basisdemokratie" verbirgt sich wesentlich mehr als nur eine etwas weniger bürokratische Organisationsform. Wichtige Entscheidungen sollen nicht an RepräsentantInnen delegiert werden, die dann frei entscheiden können. Stattdessen soll hier jeder an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt werden. Dabei geht es per definitionem nicht nach parteipolitischen Erwägungen, nach denen Taktik und Strategie mehr zählen als Sachargumente. Es wird versucht, das Konsensprinzip anzuwenden, d.h. es soll nicht

RCDS bemüht Emnid - Die Fachschaften die Studis

Meinungsforschung an der Uni

Ein Interview

Der RCDS hat gerade Ergebnisse seiner bundesweiten Umfrage zur Situation der Lehre veröffentlicht. UNIMUT befragte Uli Grün, Mitglied der Fachschaft Medizin, nach seiner Einschätzung dazu.

UNIMUT: Die Fachschaft Medizin macht schon seit Jahren Vorlesungsumfragen zur Bewertung der Lehre. Wie bewertest Du die Umfrage des RCDS?

Uli: Die Umfrage ist interessant in dem Sinne, daß es eine Bundesweite Befragung bisher noch nicht gab.

UNIMUT: Wie fundiert ist diese Umfrage? **Uli:** Wir haben Schwierigkeiten mit den statistischen Methoden. Sie haben wohl nach ihren Aussagen 55 Medizinstudierende in Heidelberg befragt, laut Aussagen des EMNID-Institutes wurde die Hälfte vom RCDS ausgewählt und die andere Hälfte über Matrikelnummer oder ähnliches als Stichprobe erhoben. Nun ist eine Stichprobe von 28 oder 55 auf dreieinhalbtausend nicht gerade schlecht, die Frage ist nur, wie ist (a) der Rücklauf gewesen, wie haben die Leute geantwortet, haben alle geantwortet und (b) was ist mit denen, die der RCDS direkt angefragt hat, was sind das für Leute, das muß man wissen, um die ganze Sache zu bewerten. Man muß natürlich wissen, was für Studierende befragt wurden. Erstes, zweites, drittes, viertes, fünftes, sechstes Semester? In Jura wurde zweites und viertes Semester befragt, ich weiß nicht, welche Semester Medizin befragt wurden.

UNIMUT: Wie ist das bei Eurer Evaluation?

Uli: Wir definieren genau: Wen wollen wir befragen, was wird befragt? Bei uns wird eine spezielle Veranstaltung befragt. Wir wissen in der Regel genau, wie viele Personen daran teilnehmen. Wir können über den Rücklauf auch herausfinden, wie gut das Ding ist. Es hat sich jetzt in Essen, auf dem Studierendenkongress, herausgestellt: die Fachschaft Medizin Heidelberg macht eine der besten Umfragen bundesweit - also einschließlich dieser RCDS-Umfrage!

UNIMUT: Sehe ich das richtig: Die Zielrichtung eurer Umfrage ist eine andere als die des RCDS, nämlich kein Univergleich...

Uli: Die Zielrichtung unserer Umfrage ist

ganz einfach: Wie gut ist diese Veranstaltung, und zwar diese eine speziell von diesem einen Prof...

UNIMUT: Was dann zu einer konkreten Verbesserung dieser Veranstaltung führen kann...

Uli: Und auch soll, ja. Wir wollen nicht allgemein die Uni kritisieren, da sind die Profs sofort der selben Meinung wie wir, nämlich "Zuwenig Mittel, zu schlecht blablabub...". Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, was der einzelne jeweils tun kann.

UNIMUT: Was hältst Du von der bundeseinheitlichen Befragung. Bringt das was?

Uli: Ich bin der Meinung, das bringt nichts. Die Profs lächeln darüber, reagieren nicht darauf. Also konkretes Beispiel: Heute im Gesamtfakultätsrat Medizin, da meinte ein Prof: 'Ach dieses komische Ding, das da in der Zeitung stand'. Das ist glaube ich typisch dafür, wie die Profs darauf reagieren. Die nehmen das nicht ernst.

UNIMUT: Wie reagieren sie auf Eure Umfrage?

Uli: Also, wir kriegen jede Menge Briefe zurück von den Profs, über die wir gerade befragt haben, und die sagen: Ja, mal gucken, und wir werden versuchen, das zu verbessern.

UNIMUT: Also eine konkrete Verbesserung der Lehre?

Uli: Wenn woraus, ich möchte das mal ganz krass sagen, wenn woraus irgendwas folgen soll, dann ist das aus dieser Art Umfrage, die wir machen.

UNIMUT: Macht es einen Sinn, einheitliche Fragebögen für verschiedene Fachbereiche zu nehmen, also in diesem Fall von Jura über VWL bis Medizin?

Uli: Glaub' ich nicht so sehr, weil die Studienfächer doch arg unterschiedlich sind, Ich denke, es ist nötig, für eine Sorte von Veranstaltung einen Fragebogen zu nehmen, zum Beispiel sämtliche klinischen Kurse, wie bei uns. Jedoch glaube ich nicht, daß es sonderlich sinnvoll ist, für so unterschiedliche Sachen wie Jura und Medizin dieselben Fragebögen zu benutzen. Es hat natürlich einen gewaltigen Vorteil, so ne kindische Benotung eins bis sechs, du bist

gut, du bist schlecht, zu machen. Da ist es natürlich in sich logisch, wenn man für alles dasselbe nimmt. Wenn man nur sagen muß, du bist gut, du bist schlecht, kann man das überall machen.

UNIMUT: Was meinst Du, warum der RCDS die Umfrage gerade jetzt veröffentlicht?

Uli: Ist zufällig Wahl? Ganz sicher ist: Diese Umfrageergebnisse waren schon vor fast einem Monat draußen, wurden schon bundesweit veröffentlicht.

UNIMUT: Was will der RCDS damit anfangen in Heidelberg, will er damit konkret auf Leute zugehen oder ist das nur ein allgemeines Lamentorum?

Uli: Ich sehe, daß das zwar ganz nett ist, und wenn jemand reagiert, ist es gut, aber de facto kann niemand was damit anfangen, weder die Studiefenden, wenn man davon absieht, daß sich dann zwei Leute in Lübeck mehr bewerben und zwei weniger in Homburg (das letzte Wort hat eh die ZVS; d.Szr.) oder so, noch die Profen, denn die Profen können ganz einfach sagen, ja, wir in Heidelberg, wir haben ja jetzt mit der siebten Approbationsordnungsänderung so schlechte Kapazitäten, das heißt, das ändert de facto nichts, es kann es auch gar nicht.

UNIMUT: Kann die Umfrage der Politik Leitlinien geben?

Uli: Eigentlich nicht, denn dabei kam ja raus, was wir alle schon wußten: In kleinen Unis ist es besser. Je kleiner die Uni, desto besser das Betreuungsverhältnis, und dann ist auch das Studium allgemein besser.

Ich nehme das Ding ernst; solange es nichts besseres gibt, ist es nicht schlecht. Aber ich denke halt, es gibt an den einzelnen Unis wesentlich bessere Sachen.

UNIMUT: Aber eben nicht bundesweit?

Uli: Ja, das ist das Problem, wobei da Bestrebungen zum Beispiel seitens der Fachtagung Medizin sind, daß da was kommt.

UNIMUT: Vielen Dank für das Gespräch.

Prognose:

UNIMUT bemüht ImFaß

Unser Meinungsforschungsinstitut ImFaß ermittelte die folgende Prognose für die Uni-Wahlen:

Auf die Frage, was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Uni-Wahlen wären, antworteten:

- 41 % Sonntag bin ich gar nit da!
- 20 % den Kohl!
- 10 % die nächste Brauerei, wasn sunscht?
- 34 % Ägypten?
- 10 % Die Uni-Wahl ist gar nicht am Sonntag.

Macht zusammen 115 %, von der Wahlbeteiligung konnte selbst Honnecker nur träumen!!

